

Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten

Folgen für kommunale Politik und lokale Demokratie

Auf der diesjährigen Tagung der Antifaschistischen Nachrichten am 23.2. stellte Dr. Sven Schönfelder die Ergebnisse der gleichnamigen Studie vor, die er gemeinsam mit Prof. Benno Hafeneeger (beide Universität Marburg) im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im letzten Jahr erstellt hat. Wir dokumentieren seine Präsentation auf der Tagung, die durch freien Vortrag ergänzt wurde. Insofern ist die Darstellung der Ergebnisse hier sehr gerafft, die komplette Studie kann von der Website der Stiftung heruntergeladen werden: www.fes.de/rechtsextremismus

Gliederung der Präsentation

1. Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung
2. Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und politische Situation
3. Empirische Ergebnisse der Untersuchung
4. Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten. Ein Leitfaden zur Problemanalyse und Strategieentwicklung
5. Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum. Ein Ausblick auf kommunale Handlungsoptionen

1. Erkenntnisinteresse und Anlage der Untersuchung

Das Erkenntnisinteresse der Untersuchung galt den Umgangs- und Gegenstrategien der demokratischen Parteien in der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten auf kommunaler Ebene (in Städten und Gemeinden).

In den Monaten Mai und Juni 2007 wurden 16 problemzentrierte, halbstrukturierte Interviews mit insgesamt 19 In-

terviewpartnern durchgeführt (30 – 70 Min.).

Befragt wurden die kommunalen Fraktionsvorstände von SPD und CDU in Regionen, wo die extreme Rechte parlamentarisch vertreten und sichtbar politisch aktiv ist und zwar:

- 1) Ehringshausen und Wölfersheim in Mittelhessen,
- 2) Ludwigshafen und Pirmasens in der Pfalz,
- 3) Königstein und Sebnitz in der Sächsischen Schweiz,
- 4) Stralsund und Anklam in Vorpommern.

2. Das Untersuchungsfeld – Kommunale Strukturdaten und pol. Situation

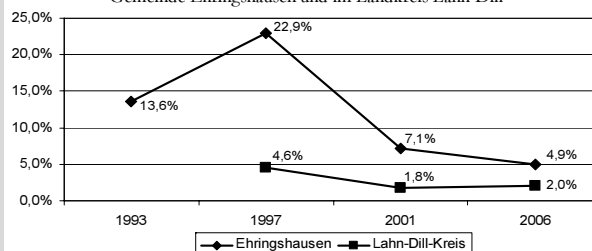
Neben den Wahlergebnissen wurden auch bestimmte sozialstrukturelle Merkmale der Kommunen betrachtet, die sowohl in der Forschung als auch in der öffentlichen Diskussion immer wieder mit dem Wahlerfolg rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Parteien in Zusammenhang gebracht werden:

- Bevölkerungsentwicklung
- Ausländeranteil
- Arbeitslosenquote
- Wahlbeteiligung
- Wahlergebnisse

Tab. 1: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Ehringshausen

	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	36,4 (11)	30,3 (9)	+6,2 (+2)
SPD	35,4 (11)	41,0 (13)	-5,6 (-2)
FWG	23,3 (7)	21,6 (7)	+1,7 (±0)
NPD	4,9 (2)	7,1 (2)	-2,2 (±0)

Abb. 9: Stimmenanteil der NPD bei Kommunalwahlen in der Gemeinde Ehringshausen und im Landkreis Lahn-Dill

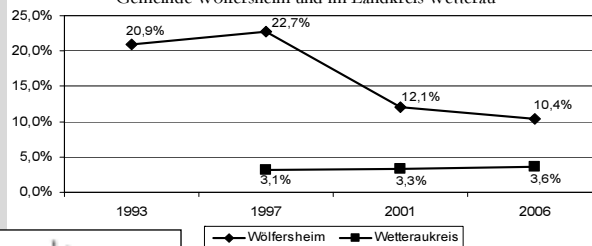


Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Ehringshausen

Tab. 2: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Wölfersheim

	2006 in % (Mandate)	2001 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
SPD	53,3 (17)	52,5 (16)	+0,8 (+1)
CDU	20,4 (6)	22,7 (7)	-2,3 (-1)
NPD	10,4 (3)	12,6 (4)	-1,7 (-1)
Grüne	8,2 (3)	5,8 (2)	+2,4 (+1)
FWG	7,8 (2)	6,9 (2)	-0,9 (±0)

Abb. 10: Stimmenanteil der NPD bei Kommunalwahlen in der Gemeinde Wölfersheim und im Landkreis Wetterau

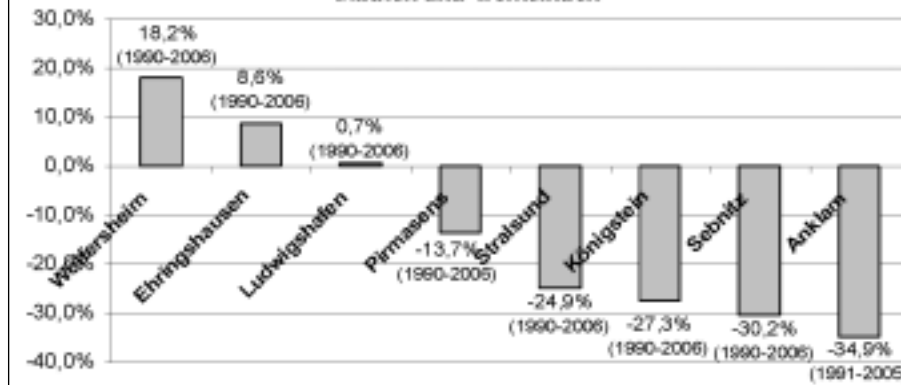


Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 2001 und 2006 in der Gemeinde Wölfersheim

3. Empirische Ergebnisse der Untersuchung

Die Themenbereiche der Interviews umfassten insgesamt 21 Detailfragen zu sieben Themenbereichen:

Abb. 28: Zu- und Abnahme der Bevölkerung in den untersuchten Städten und Gemeinden



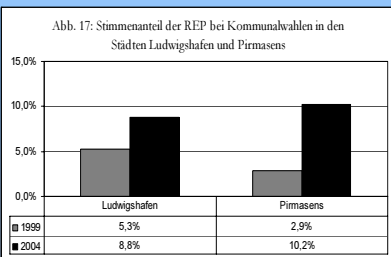
Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten



Tab. 3: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Ludwigshafen

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	42,9 (26)	42,9 (26)	±0,0 (±0)
SPD	32,6 (20)	41,2 (25)	-8,6 (-5)
REP	8,8 (5)	5,3 (3)	+3,5 (+2)
Grüne	6,0 (4)	4,3 (3)	+1,7 (+1)
FDP	4,1 (2)	2,4 (0)	+1,7 (+2)
FWG	5,5 (2)	--	+5,5 (+2)

nen und pol. Situation



Tab. 4: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Pirmasens

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	46,0 (21)	47,8 (22)	+1,8 (-1)
SPD	23,8 (11)	35,2 (16)	-11,4 (-5)
FWG	10,8 (5)	7,1 (3)	+3,7 (+2)
REP	10,2 (5)	2,9 (0)	+7,3 (+5)
Grüne	4,3 (2)	4,0 (2)	+0,3 (±0)
PDS	2,6 (0)	--	+2,6 (±0)
FDP	2,5 (0)	3,1 (1)	-0,6 (-1)

Wahlergebnisse in Ludwigshafen und Pirmasens

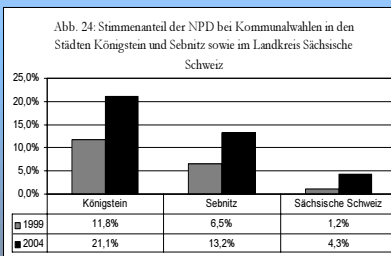
Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten



Tab. 5: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Königstein

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	38,8 (6)	37,9 (6)	+0,9 (±0)
NPD	21,1 (3 [2])	11,8 (2)	+9,3 (+1)
VBI	18,7 (3)	12,5 (2)	+6,2 (+1)
SPD	16,2 (2)	35,1 (6)	-18,9 (-4)
FDP	5,1 (0)	2,8 (0)	+2,3 (±0)

nen und pol. Situation



Tab. 6: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Stadt Sebnitz

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in %-Punkte (Mandate)
CDU	49,5 (10)	50,6 (13)	-1,1 (-2)
PDS	14,8 (2)	12,2 (3)	+2,6 (-1)
NPD	13,2 (2)	6,5 (1)	+6,7 (+1)
Mitsprache Sebnitz	11,6 (2)	6,5 (1)	+5,1 (+1)
SPD	5,4 (1)	11,2 (2)	-5,8 (-1)
FDP	5,4 (1)	7,8 (1)	-2,4 (±0)
DSU	--	5,3 (1)	-5,3 (-1)

Wahlergebnisse in Königstein und Sebnitz, Sächsische Schweiz

1. Wahlerfolg und Auftreten der extremen Rechten in der Stadt/ Gemeinde
2. Wahrnehmung der extremen Rechten im Kommunalparlament
3. Umgang der demokratischen Parteien mit der extremen Rechten im Parlament
4. Änderungen der „parlamentarischen Spielregeln“
5. Wahrnehmung der parlamentarischen Auseinandersetzung mit der extremen Rechten in der Bevölkerung nach Einschätzung der demokratischen Parteien
6. Zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadt/Gemeinde

7. Maßnahmen gegen die extreme Rechte aus Sicht der demokratischen Parteien
Die Auswertung erfolgte mittels eines Computerprogramms, bei dem das sogenannte thematische Codieren zur Anwendung kommt, mit dem sich Datenmaterial problem- und themenzentriert codieren und analysieren lässt.

Zusammenfassung der empirischen Ergebnisse:

1) Wahlentscheidung zugunsten der extremen Rechten

- Protestwahl als vorrangige Erklärung der Interviewpartner:

- allerdings weniger rationale bzw. wahltaktische Überlegungen,
- sondern vielmehr (tendenziell) rechtsextreme Überzeugungen.

- Mischung aus politischer Unzufriedenheit und wirtschaftlichen wie sozialen Problemlagen in Verbindung mit fremdenfeindlichen und mitunter auch ausgeprägten rechtsextremen Einstellungen.

- Typus des sog. Modernisierungsverlierers als Wähler rechtsextremer Parteien.

2) Aktivitäten der rechtsextremen Parteien sowie Präsenz einer rechtsextremen Szene in den Kommunen

- Aktivitäten und Präsenz sind nach Angaben der Interviewpartner kaum oder gar nicht festzustellen.

- Die lokalen Akteure der extremen Rechten treten häufig als deutsch-nationale Biedermänner auf.

- Nicht selten handelt es sich um Einzelakteure, die in der Stadt/ Gemeinde bekannt sind und ihrer Partei vor Ort ein Gesicht geben

3) Auftreten der rechtsextremen Mandatsträger in den Parlamenten

- Ihr parlamentarisches Auftreten bewegt sich zwischen verbal aggressiv und konfrontativ einerseits und eher ruhig, sachlich, mitunter klembürgerlich und bieder andererseits.

- Ihre Themen sind v.a. protestorientiert und populistisch geprägt:
– weniger dezidiert fremdenfeindlich oder klassisch rechtsextrem

- als vielmehr lokale, alltagsbezogene Sachfragen (insbesondere Fragen der kommunalen Sozial-, Verkehrs- und Finanzpolitik).

- Eine kommunalpolitische Kompetenz ist (i.d.R.) nicht festzustellen:
– pol. Selbstdarstellung als Interessenvertreter der „kleinen Leute“,
– öffentl. Selbstinszenierung als vermeintliche pol. Alternative.

4) Umgang mit den rechtsextremen Fraktionen und Mandatsträgern

- Rechtsextreme Abgeordnete werden weitgehend ignoriert und im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten ausgegrenzt:

- Anträge werden prinzipiell und ohne vorherige Diskussion abgelehnt oder in

Tab. 7: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Hansestadt Stralsund

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in % Punkte (Mandate)
CDU	29,8 (3)	42,7 (2)	-12,9 (1)
SPD	22,3 (3)	28,5 (2)	-6,2 (1)
SED	12,8 (2)	20,0 (1)	-7,2 (1)
FORUM [Grüne]	10,6 (2)	4,1 (0)	+6,5 (2)
DIE	10,6 (2)	-	+10,6 (2)
Michael Ankram	4,4 (1)	1,4 (1)	+3,0 (0)
NPD	3,9 (2)	1,5 (0)	+2,4 (2)
HDP	3,5 (1)	1,7 (0)	+1,8 (1)

in Parlamenten
n und pol. Situation

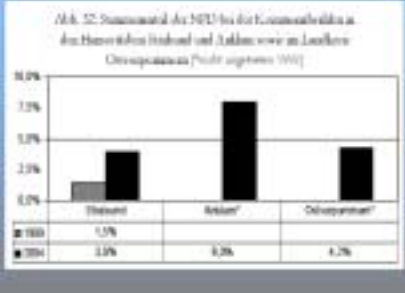
Wahlergebnisse in Stralsund und Anklam

tuationenbezogen erfolgen, d.h. unter Berücksichtigung der jeweiligen rechtsextremen Akteure, Aktivitäten und Organisationen.

- Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die betroffenen Kommunen auch bereit sind, sich der Auseinandersetzung mit „ihrem“ lokalen Rechtsextremismus zu stellen.

● Es besteht ein Beratungsbedarf zum Thema Rechtsextremismus!

Beratung meint jedoch weder pauschale Lösungsangebote noch eindimensionale Handlungsempfehlungen, sondern bezeichnet ein gemeinsames Arbeiten von Kommune, Zivilgesellschaft und Experten.



Tab. 8: Wahlergebnisse der Kommunalwahlen 1999 und 2004 in der Hansestadt Anklam

	2004 in % (Mandate)	1999 in % (Mandate)	Veränderung in % Punkte (Mandate)
CDU	37,0 (9)	43,6 (11)	-6,7 (2)
HA	15,0 (4)	-	+15,0 (4)
FDG	15,5 (4)	22,5 (6)	-7,0 (2)
SPD	10,7 (3)	22,1 (6)	-11,4 (3)
UFD '94	10,3 (3)	10,3 (3)	0,0 (0)
NPD	8,0 (2 III)	-	+8,0 (2)
HDP	2,0 (1)	1,5 (0)	+0,5 (1)

die jeweiligen Ausschüsse verwiesen, wo dann die Ablehnung erfolgt;

- durch Verfahrensänderungen bei der Ausschussbesetzung wird versucht, rechtsextreme Abgeordnete außen vor zu lassen;

- die Auseinandersetzung wird kurz und knapp gehalten, um den Rechtsextremen keine Bühne zu bieten, und auch nur dann geführt, wenn es nötig ist bzw. wenn es sich nicht anders vermeiden lässt.

5) Überparteiliche Zusammenarbeit der demokratischen Fraktionen, öffentliches Interesse und zivilgesellschaftliches Engagement

- Die überparteiliche Zusammenarbeit gegen die extreme Rechte wird in den meisten Kommunen als gut bewertet (gegenläufige Meinungen finden sich in Königsstein und Anklam).

- Das Interesse der kommunalen Öffentlichkeit (in der Bevölkerung, aber auch bei den lokalen und regionalen Medien) ist nur in geringem Maße oder gar nicht vorhanden.

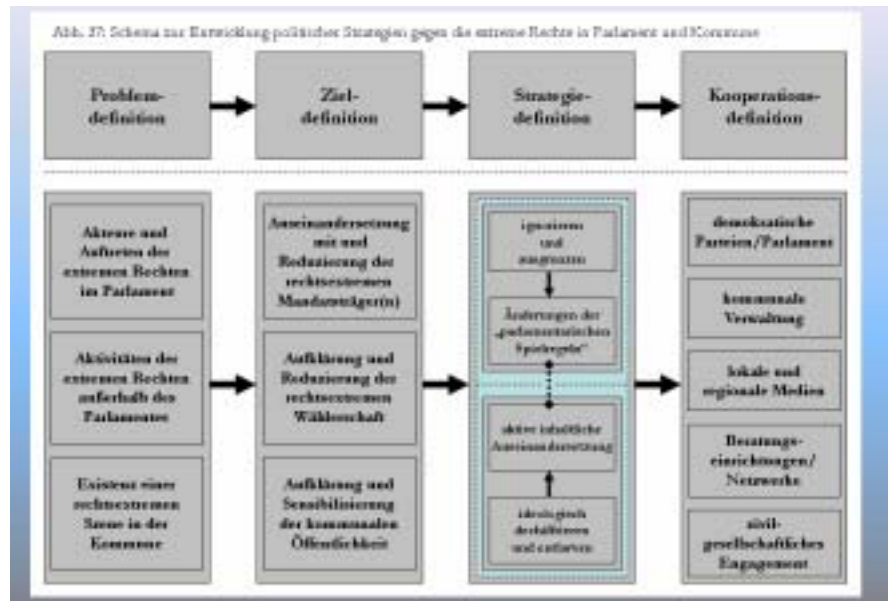
- Zivilgesellschaftliches Engagement, ob nun organisiert (z.B. in Form eines Bürgerbündnisses) oder eher privat bzw. individuell, ist v.a. in den untersuchten westdeutschen Kommunen ausgeprägt und dort auch in der kommunalen Gemeinschaft (tief) verwurzelt.

6) Schlussfolgerungen für die Strategieentwicklung

- Die Entwicklung von angemessenen Umgangs- und Gegenstrategien muss si-

4. Kommunale Politik im Umgang mit der extremen Rechten

Die Entwicklung von politischen Strategien gegen die extreme Rechte in Parlament und Kommune lässt sich in einem Schema wie folgt darstellen:



5. Lokale Demokratie als politisch-sozialer Interaktionsraum

Die Skizze hebt fünf Aspekte hervor, die sich auf kommunale parlamentarische und außerparlamentarische Umgangsformen und Strategien beziehen. Ihre jeweilige praktische Ausformung hängt von den örtlichen Bedingungen ab.

Für eine erfolgreiche und lebendige Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus ist es wichtig (und Voraussetzung) möglichst alle relevanten institutionellen Akteure und möglichst viele engagierte Bürgerinnen und Bürger in ein dauerhaftes Kooperationsnetz, eine dialogische Kultur der Zusammenarbeit und ein optimistisches Klima einzubeziehen – hin zu einer gemeinwesenorientierten Gesamtkultur. ■

